

Gründerjahre des E-Government

E-Government-Pioniere berichten über ihre Erfahrungen in den vergangenen fünf Jahren. Fazit: Es wurde viel bewegt und E-Government in Deutschland kann sich sehen lassen. Über zerplatzte Seifenblasen, gestoppte Höhenflüge und eine neue Aufbruchstimmung.

E-Government startete mit hohen Erwartungen, doch die dünne Luft der Haushaltslöcher erzwang manch vorzeitige Zwischenlandung, schreibt Siegfried Balleis, Oberbürgermeister von Erlangen.

Herzlichen Glückwunsch zu fünf Jahren Kommune21. In der rasanten Zeitrechnung der Internet-Welt ist das fast schon eine ganze Epoche. Und in der Tat, rückblickend wird man das erste Jahrfünft des neuen Jahrtausends wohl als die Gründerjahre des E-Government in Deutschland einordnen können.

Mit aller Vorsicht, aber durchaus auch mit Selbstbewusstsein, können wir feststellen: So wie E-Business zur unverzichtbaren Wertschöpfungskomponente geworden ist, so hat E-Government in den vergangenen Jahren seinen Platz auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung gefunden.

Die E-Government-Entwicklung in Erlangen zeigt das recht gut: Im Jahr 2000 gab es den Beschluss, eine

umfassende Strategie des zukünftigen virtuellen Rathauses zu erarbeiten. Im Folgejahr wurde unsere E-Government-Strategie zusammen mit der Firma Accenture entwickelt. Anfang 2002 nahm dann unser E-Government-Center seine Arbeit auf. Nicht alle in der Strategie vorgezeichneten Höhenflüge konnten ihre Bahn halten. Die dünne Luft der Haushaltslöcher erzwang manch vorzeitige Zwischenlandung oder Startverzögerung. Dennoch gelang es, auf breiter Front internetgestützte Verwaltungsabläufe und Dienste einzuführen und die dafür nötige Infrastruktur zu schaffen.

Der Abschlussbericht der Phase 1 von Ende 2005 weist über 60 Online-Angebote als Dienstleistung für die Bürger aus. Eine vor kurzem abgeschlossene Diplomarbeit der Universität Erlangen zeigt zudem: E-Government hat sich auch unter ökonomischen Gesichtspunkten für die Stadt gelohnt. Die investierten Mittel fließen zurück und eröffnen neue Handlungsspielräume.

Die so geschaffene Basis kann ausgebaut und verfeinert werden. Aber die dafür nötige medienbruchfreie Zusammenarbeit der Verwaltungen – horizontal wie vertikal – erfordert zwingend durchgängige Standards. Hier sind uns manche Nachbarlän-

der deutlich voraus. Kommunen wie Erlangen sind bereit und in der Lage, diese Entwicklungen mitzutragen, aber sie benötigen das koordinierte Vorgehen auf Landes- und Bundesebene. Kommune21 wird uns dabei hoffentlich konstruktiv, informativ und kritisch begleiten.

Das technisch Machbare hat den Blick auf das Sinnvolle verstellt. Dennoch eine positive E-Government-Bilanz von Ralf Armbruster, Leiter des E-Government Kompetenzzentrums der Stadt Stuttgart.

Im Jahr 2001, inmitten des MEDIA@Komm-Zeitalters, stand E-Government für den Umbau der Verwaltungen in innovative und kundenorientierte Dienstleistungsunternehmen mittels Internet-Technologien. Rückblickend waren die Erwartungen zu hoch gesteckt, geblieben sind die Herausforderungen, benannt bereits in der ersten Ausgabe von Kommune21: Strategie, Finanzen, Sicherheit, Personal.



OB Dr. Siegfried Balleis



Ralf Armbruster

Die elektronische Signatur kam trotz Signaturlösung und Pionieren wie Bremen und Hagen nicht flächendeckend zum Laufen, die realen politischen Strukturen erwiesen sich als zäher als die virtuellen Kooperationsplattformen, die sie hätten überwinden sollen, und die Verwaltungsreform hofft noch immer auf den Impetus von E-Government.

Und doch hat sich, allen Unkenrufen zum Trotz, viel bewegt und wurde inzwischen so selbstverständlich, dass es nicht mehr wahrgenommen wird: Nahezu alle Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen sind mit ihren Informationen und zahlreichen Dienstleistungen im Internet präsent. Dies schafft eine bisher nicht gekannte Transparenz.

Noch nie war es einfacher, sich über die Aktivitäten und Leistungen anderer Kommunen zu informieren, noch nie fand ebenenübergreifend so viel Austausch statt.

Auf der Suche nach den Ursachen fehlender Akzeptanz auf Nutzerseite muss selbstkritisch konstatiert werden, dass in vielen Verwaltungen immer noch Angebots- vor Nachfrageorientierung steht, dass das technisch Machbare den Blick auf das Sinnvolle verstellt und Bestandswahrung stärker ist als der Mut, neue Wege zu beschreiten.

Dennoch, heute führt an E-Government kein Weg mehr vorbei. Zumindest diese Erkenntnis hat sich durchgesetzt. Die Zielgruppen werden sich in Richtung Wirtschaft

und Intermediäre verschieben. Aber erst die konsequente Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen einer Kommune in die Prozesse der Leistungserstellung und die nachhaltige Unterstützung des Individuums in seinen Alltagsanliegen wird E-Government zu dem erhofften Durchbruch verhelfen.

Dazu wird auch die Fachzeitschrift *Kommune21* beitragen. Mit ihrem breitgefächerten Themenspektrum und den stets aktuellen, gut recherchierten Artikeln ist sie ein wichtiges Nachschlagewerk, dessen regelmäßige Lektüre wichtige Impulse für die tägliche Arbeit liefert. Und dank der vom ersten Tag an gelungenen und bis heute ansprechenden Aufmachung macht die Lektüre auch noch Spaß. ►

E-Government wird die Kommunalverwaltung auch in den nächsten fünf Jahren wesentlich mitgestalten und umformen, meint Peter te Reh, Hauptreferent für Informationstechnologie beim Deutschen Städtetag.

Als vor fünf Jahren zur CeBIT 2001 die erste Ausgabe von Kommune21 auf dem Tisch lag, war der erste Gedanke: Noch eine Fachzeitschrift für die öffentliche Verwaltung. Gibt es deren nicht schon genug?! Sehr bald stellte sich aber heraus, dass sich die Zeitschrift mit ihren speziell auf den Kommunalbereich ausgerichteten Beiträgen und Informationen zu einem aktuellen, praxisorientierten und umfassend informierenden Blatt entwickelte, das mittlerweile seinen festen Platz im Markt gefunden hat, auf dem man seit dem ersten



Peter te Reh

Erscheinen manch andere Publikation hat kommen und auch wieder gehen sehen.

Ein Streifzug durch die einzelnen Jahrgänge von Kommune21 zeigt: Die

Beiträge sind zugleich eine Dokumentation der Entwicklung von E-Government, das gerade in den letzten fünf Jahren in Deutschland auf allen Verwaltungsebenen, insbesondere aber im Kommunalbereich, einen bemerkenswerten Aufschwung erfahren hat. Elektronische Bürgerdienste, virtuelle Poststelle, elektronische Signatur, Call Center, Mobilkommunikation oder Standardisierung von Fachverfahren sind nur einige der Schlagworte, die eine Entwicklung kennzeichnen, die sich trotz manch anders lautender Aus-

sagen und „Rankings“ sehen lassen kann – und dies auch im internationalen Vergleich.

Diese Entwicklung ist beileibe noch nicht abgeschlossen und wird die öffentliche Verwaltung im Allgemeinen und die Kommunalverwaltung im Besonderen auch in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus wesentlich mitgestalten und umformen. Angesichts der nach wie vor prekären Finanzsituation werden dabei insbesondere Fragestellungen in den Vordergrund rücken, wie durch den Einsatz von Informationstechnologie bei gleichbleibender oder sogar noch verbesserter Dienstleistungsqualität die Kosten/Nutzen-Relation öffentlicher Verwaltungsdienstleistungen noch günstiger gestaltet werden kann. Man darf davon ausgehen, dass Kommune21 die Verwaltung auf diesem Weg auch in die Zukunft begleiten und über neuere Entwicklungen berichten wird – zeitnah, verständlich, gut lesbar und anschaulich.

Auf dem Weg zum virtuellen Rathaus stehen viele Hürden, mittlerweile gibt es aber schlüssige Ansätze. Bernd Lehmann, IT-Leiter in Siegburg, blickt zuversichtlich in die E-Government-Zukunft.

Viel Euphorie herrschte rund um das Thema E-Government als Kommune21 im Jahr 2001 erstmals erschien. Große Hoffnungen wurden seiner Zeit vor allem auch in den mit üppigen finanziellen Ressourcen ausgestatteten Wettbewerb. MEDIA@Komm gesetzt. Doch fünf Jahre später sind viele davon wie Seifenblasen zerplatzt. Die breite Übertragbarkeit auf die bundesdeutschen Kommunen ist ausgeblieben.

Es zeigte sich deutlich, dass der Weg zum virtuellen Rathaus mit vielen Hürden und Schwierigkeiten gepflastert ist: Rechtliche Hindernisse,

fehlende finanzielle und personelle Ressourcen und vor allem auch das deutsche föderale System stellen sich bis heute als schwere Bürden heraus. Kommune21 hat diesen Weg jetzt fünf Jahre lang begleitet: Als wichtiges Medium, um die Erfolge, aber auch die Probleme herauszustellen. Bereits in der ersten Ausgabe lautete eine Schlagzeile: „Strategische Planung fehlt“. Auch heute gibt es hier immer noch deutliche Defizite, sehr wohl ist aber festzustellen, dass inzwischen wieder eine neue Aufbruchstimmung herrscht. E-Government wird nicht mehr wie früher als Wettbewerb der Verwaltungen verstanden, denn mittlerweile gibt es schlüssige Ansätze. Das Thema wird inzwischen gemeinschaftlich abgestimmt und koordiniert angegangen, dabei werden auch die Dienstleistungen der Verwaltung in Zeiten immer knapper werdender Kassen generell hinterfragt. Die konkreten Überlegungen zur Realisierung eines bundesweiten Melderegisters weisen den richtigen Weg und sollten als Beispiel für weitere Bereiche dienen. So darf man bei aller Enttäuschung über den bisher ausgebliebenen durchschlagenden Erfolg des E-Government doch zuversichtlich den kommenden Jahren entgegenblicken: Bis zum 10-jährigen Jubiläum sollte Kommune21 endlich über konkrete Erfolgsgeschichten berichten können!



Bernd Lehmann